

FRAGENBLOCK 1: ALLGEMEINE FRAGEN

In diesem Block bitten wir Sie, **ehrlich** zu prüfen, ob Sie die Fragen beantworten können. Sicherlich können Sie die Antworten recherchieren. Und die „volle“ Punktzahl erreichen. Dann haben Sie etwas dazugelernt ... Hilfreicher wäre es aber, uns mit ihren ehrlichen Antworten den Hinweis zu geben, wo noch informeller Nachholbedarf besteht.

Wissen Sie, in welchem Jahr die Erklärung von Barcelona verabschiedet wurde?

1988 1995 2002

Wissen Sie, in welchem Jahr sich die Stadt Potsdam zur Erklärung von Barcelona bekannt hat?

2000 2003 2005

Wissen Sie, in welchem Jahr die UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet wurde?

2009 2011 2013

Wie beurteilen Sie den Grad der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Potsdam?

	ungefähr 80%	ungefähr 50%	ungefähr 20%	keine Angabe
Kita	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grundschule	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Regelschule	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gymnasium	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1. Arbeitsmarkt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sportvereine	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Kennen Sie den Anteil der Menschen mit einer anerkannten Behinderung in Potsdam?

Angabe bitte in %	Ca. 13%
-------------------	---------

Wissen Sie, wie viele Kinder und Jugendliche in Potsdam eine Behinderung haben?

Angabe in absoluten Zahlen	Ca. 550
----------------------------	---------

Wissen Sie, wie viele der Potsdamer Kinder und Jugendlichen mit einer Behinderung auf einer Regelschule inklusiv beschult werden?

Angabe in absoluten Zahlen	/
----------------------------	---

Für die Umsetzung der Anforderungen von Menschen mit Behinderung für eine Teilhabe in der Gesellschaft gibt es Regelwerke. Bitte nennen Sie uns die Ihnen bekannten.

Barrierefreiheit im öffentlichen Raum	DIN 18040-3, barrierefreies Bauen im öffentlichen Raum
Speziell Fußgängerüberwege	R-FGÜ 2001 – Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen
Barrierefreiheit im Internet	EU-Richtlinie 2016/2102 – Richtlinie über die Barrierefreiheit im Internet/WAD

Wie beurteilen Sie die **Entwicklung der Teilhabe** von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben in Potsdam im Zeitraum seit 2009 bis heute?

sehr gut	gut	geht so	schlecht	keine Angabe
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Was schätzen Sie, bis wann eine Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben in Potsdam ohne Probleme möglich sein wird? Begründen Sie Ihre Antwort!

Angabe eines Jahres	2035
<p>Die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung sollte schnell und flächendeckend möglich sein. Wünschenswert und umsetzbar sollte das Jahr 2035 sein – besser früher. Menschen, die durch die Stadt Behinderungen im alltäglichen Leben erfahren, dürfen keinen weiteren Einschränkungen ausgesetzt werden. Die Stadt Potsdam kann hier alle Ressourcen aufwenden, die sie hat. Eine inklusive und barrierefreie Stadt gereicht allen Menschen zum Vorteil, auch denen, die keine Behinderung erfahren. Volt Potsdam setzt sich auch dafür ein, die Stadt Potsdam im Jahr 2035 klimaneutral zu gestalten, sodass hier ein gemeinsamer Aus- und Umbau möglich sein kann.</p>	

Glauben Sie, dass behinderte Menschen in der Politik ausreichend repräsentiert sind? Zugespitzt: Brauchen wir eine Behindertenquote in der Politik?

<p>Nein, behinderte Menschen sind nicht ausreichend repräsentiert. Normalerweise würden wir eine Quote aus rein pragmatischer Sicht verneinen. Aber: Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten sind in der Vergangenheit bis heute für alle Menschen allerdings nicht gleich verteilt, auch Hinblick auf die Einbindung von Frauen und weiblich gelesenen/diversen Personen. Volt steht in seinen Grundsätzen für Parität und eine Einbindung aller Menschen in Entscheidungsfindungsprozesse. Eine Quote könnte ermöglichen, dass eine Beteiligung behinderter Menschen bei zukünftigen Entscheidungsfindungen garantiert ist, sodass in Zukunft Menschen mit Behinderungen identische Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, schulische Inklusion und Studiumsmöglichkeiten erfahren, die eine Quote obsolet machen. Bei gleichen Chancen und gleicher Behandlung und Teilhabe behinderter Menschen wird es in Zukunft selbstverständlich sein, dass behinderte Menschen an Politik teilhaben, mit identischen (und höheren) Qualifikationen. Selbstverständlich hierbei sollte natürlich sein, dass der Einsatz für behinderte Menschen nicht ausschließlich an die politische Arbeit von behinderten Menschen gebunden ist. Allen politisch aktiven Menschen obliegt diese Aufgabe. Mangelnde Berührungspunkte, die ein Auseinandersetzen mit der Thematik verhindern, könnten aber durch eine Quote verringert werden.</p>
--

FRAGENBLOCK 2: BARRIEREFREIHEIT

Wie soll in Potsdam die Einhaltung der Richtlinien zur Barrierefreiheit erreicht und überprüft werden (Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden, Wegen sowie ÖPNV und digitale Barrierefreiheit)?

Helfen kann eine Kommission, die durch die ständige Überprüfung und den Abgleich mit den aktuell geltenden Normen die Einhaltung der Richtlinien zur Barrierefreiheit aufrecht erhält. Die Stadt Potsdam muss sich hier selbst maßregeln, wenn diese Richtlinien und deren Umsetzung nur Mangelhaft sind. Zu überlegen wäre bei erfolgreicher Umsetzung eine monetäre Förderung durch die entsprechenden Stellen im Bund oder in der EU. Gerade für öffentliche Gebäude sollte über strikte Kontrollen, regelmäßige Begehungen sowie Mitarbeiter*innenschulungen bezüglich Barrierefreiheit ein Muss sein, dass nicht verhandelbar sein darf.

Sehen Sie die Entscheidungsträger in der Kommunalpolitik sowie die Mitarbeiter der Stadtverwaltung hinreichend geschult für eine Umsetzung der Barrierefreiheit?

Generell gehe ich davon aus, dass Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und Entscheidungsträger*innen Kompetenzbereiche haben, in denen Sie gut ausgebildet und informiert agieren müssen. Dass nicht jede*r über sämtliche Kompetenzen verfügt, muss nicht schlecht sein, da Fokusthemen gerade für politische Entscheidungsträger*innen wichtig sind. Allerdings sehe ich hier Kommunikation und Willen zu verpflichtenden Schulungen und Begehungen als dringende Maßnahmen, um gegebene Mängel zu beseitigen. Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung sehen wir hier besonders in der Verantwortung, ihr Wissen und ihre Kenntnisse zu schärfen, da wir glauben, dass hier noch durchaus Spielraum nach oben besteht.

Wo sehen Sie am ehesten Schulungsbedarf?

In vielen Bereichen; eine generelle Awareness für die besonderen Anforderungen einer behindertengerechten Umgebung ist immer wieder aufzufrischen. Manchmal sind es die Dinge, die Menschen ohne Behinderung gar nicht sehen, die beispielsweise durch eine Schulung in den Fokus geraten können. Ganzheitlichkeit ist hier auch ein Stichwort; nicht nur Aufzüge und breite Wege in Gebäuden, sondern auch Blindenleitsysteme, Audiodeskription für gehörlose Menschen, Webseiten in einfacher bzw. leichter Sprache oder bestimmte geräusch- und menschenarme Zeiten auf dem Amt für Menschen mit Autismus-Spektrum-Störung und andere Personen sind Möglichkeiten, wirklich alle Menschen abzuholen, die selten mitgedacht werden. In allem muss zusätzlich die Wichtigkeit ebendieser Maßnahmen klargemacht werden, da Menschen, die durch die städtische Umgebung keine Behinderung erfahren, an vielen Momenten des Tages einfach nicht die Sensibilität haben, um hier konkrete Probleme zu erkennen.

FRAGENBLOCK 3: KITA UND SCHULE

Wie kann die Teilhabe von Kindergartenkindern und Schülern mit Behinderung verbessert werden? Wie sehen Sie die Möglichkeiten einer erfolgreichen Inklusion in Kita und Schule?

Eine erfolgreiche Inklusion kann mit vielen Stellschrauben verbessert werden. Allem voran muss der Betreuungsschlüssel angehoben und individuell auf die Kinder und Schüler*innen abgestimmt werden. Lehrkräftemangel kann hier beispielsweise durch Hilfe von Vereinen oder Studierenden lehramtsbezogener Fachrichtungen kompensiert werden (natürlich mit entsprechender Schulung), die Einführung einer verbindlichen Betreuungsquote könnte hier überlegt werden. Ebenfalls muss mit

Eltern und erziehenden Personen engmaschig über die Erfolge, zusätzlichen Förderbedarf sowie außerschulische Vereine oder Nachhilfe gesprochen werden. Ebenfalls gilt für Schulen und Bildungseinrichtungen dieselbe (bauliche) Barrierefreiheit wie im öffentlichen Sektor. Stigmatisierung und Berühungsängste, die Kinder und Jugendliche untereinander haben könnten und die eine erfolgreiche Inklusion von Kindergartenkindern und Schüler*innen verhindern könnten, müssen aktiv und konsequent durch Aufklärungsarbeit oder beispielsweise Workshops für die Eltern minimiert werden. Inklusion lebt von der Akzeptanz der Individualität des Anderen.

Unter der Annahme, dass eine schulische Inklusion an einer Regelschule durchgeführt wird, wie beurteilen Sie die möglichen Auswirkungen für die Schüler **ohne** Behinderung?

	Verbesserung	keine Auswirkung	Verschlechterung	keine Angabe
Mathematische Kompetenz	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sprachen Kompetenz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kunst Kompetenz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sportliche Kompetenz	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Soziale Kompetenz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

FRAGENBLOCK 4: SPORT UND KULTUR

Was kann die Politik tun, damit mehr Menschen mit Behinderung aktiv in den Potsdamer Vereinen Sport treiben können?

Zuallererst kann durch eine barrierefreie Infrastruktur (Rampen, Aufzüge, breite Türen und Wege) die Grundlage für eine Inklusion geschaffen werden, die es Menschen mit Behinderung ermöglicht, erste Ängste, einem (Sport)verein beizutreten, zu senken. Die Stadt kann hier finanzielle Unterstützung oder andere Anreize bieten, damit Vereine u.a. bauliche oder strukturelle Maßnahmen durchsetzen. Auch speziell geschulte Trainer*innen können hier durch die Stadt Potsdam bezuschusst werden. Schulungen zur Sensibilisierung und zum Abbau von Vorurteilen sind eine weitere Maßnahme, die ergriffen werden können, ebenso die Schaffung und Durchsetzung rechtlicher Rahmenbedingungen wie beispielsweise Richtlinien zur Barrierefreiheit oder Antidiskriminierungsgesetze. Außerdem muss ein flächendeckend gut erreichbarer, barrierefreier ÖPNV den Zugang zu Vereinen sichern; Niemand sollte schon auf dem Weg zu Freizeitaktivitäten demoralisiert werden.

Bei vielen Kulturveranstaltungen fehlen Gebärdensprachdolmetscher oder auch Audiodeskription für blinde Menschen. Welche Möglichkeiten hat die Stadtpolitik, hier auf die Kultureinrichtungen einzuwirken?

Auch hier sollten Anreize (auch finanzieller Art) geschaffen werden, indem beispielsweise die Stadt Potsdam die Gehälter von Gebärdensprachdolmetscher*innen bezuschusst. Kooperationen mit Vereinen und Organisationen, die Expertise im Bereich der Barrierefreiheit haben, sind ebenfalls eine Stellschraube. Schulungen und Weiterbildungsmöglichkeiten für Mitarbeiter*innen der Kultureinrichtungen sollten zu Schärfung der Sensibilität verpflichtend eingeführt werden.

FRAGENBLOCK 5: KOMMUNIKATION

Gehörlose Menschen beklagen, dass sie aufgrund fehlender Gebärdensprachdolmetschung häufig Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung oder deren Ausschüsse nicht verfolgen können. Ist dieser Vorwurf berechtigt? Wie kann ggf. hier Abhilfe geschaffen werden?

Dieser Vorwurf ist mehr als berechtigt. Gehörlose Menschen haben selbstverständlich ein Recht darauf, die Sitzungen der SVV mitverfolgen zu können. Dass hier eine Teilhabe durch die nicht-Anstellung eines Gebärdensprachdolmetschers/einer Gebärdensprachdolmetscherin behindert wird, ist nicht nachvollziehbar und ein Armutszeugnis für die Stadtverordneten, die sich ja anmaßen, für alle Bürger*innen gleichermaßen Entscheidungen zu treffen. Hier muss selbstverständlich durch die Anstellung einer Person mit entsprechender Expertise Abhilfe geschaffen werden. Alternativ, wenn auch nicht ideal wäre es möglich, die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung zu einem späteren Zeitpunkt via Internet mit entsprechender Audiodeskription zur Verfügung zu stellen.

Sehen Sie Potsdam auf einem guten Weg bei der Bereitstellung von Informationen in einfacher Sprache?

Die Stadt Potsdam ist in Bezug auf ihre Internetpräsenz auf einem guten Weg, ja. Webseiten der Stadt sind in einfacher bzw. leichter Sprache geschrieben, auch die Navigation zu ebendiesen Seiten über die reguläre Webseite der Stadt Potsdam ist möglich. Im Vergleich zu anderen Städten und deren Bereitstellung von Informationen ist Potsdam sicher fortschrittlicher. Ob diese Bereitstellung allerdings auch den Wünschen und Ansprüchen von Menschen mit Behinderung entsprechen, können wir an der Stelle nicht abschließend beantworten. Hier fehlt uns das konkrete Feedback von Menschen, die die Systeme in leichter bzw. einfacher Sprache nutzen.

FRAGENBLOCK 6: PLANUNG, MOBILITÄT UND STÄDTISCHE BETRIEBE

Welche Planungskonzepte der Stadtplanung finden Sie behindertengerecht?

/

Welche Maßnahmen muss der Denkmalschutz ergreifen, um ebenfalls die Anforderungen zur Barrierefreiheit zu unterstützen? Müssen sich Denkmalschutz und Barrierefreiheit widersprechen? Welche Kompromisse sind notwendig?

Barrierefreiheit und Denkmalschutz müssen sich nicht widersprechen, sie müssen sich einigen; sie sind keine unvereinbaren Gegensätze. Zugeständnisse können nur vom Denkmalschutz gemacht werden; behinderte Menschen können sich nicht aussuchen, ob sie an einem Tag auch beispielsweise mal auf den Rollstuhl und eine Rampe verzichten können. Bei allen öffentlichen Gebäuden und dem Wohnungsbau in denkmalgeschützten Gebäuden ist es möglich, Barrierefreiheit zu etablieren. Beispielsweise können Aufzüge nachträglich installiert werden, oder man tauscht das normale Treppenhaus gegen einen Aufzugschacht aus und verlegt das Treppenhaus nach außen. So kann auch der Brandschutz für ältere Gebäude garantiert werden. Kreative Ansätze, die sich über das normal gedachte Maß hinausbewegen, sind hier der Schlüssel zum erfolgreichen Vereinen von Denkmalschutz und Barrierefreiheit.

Hier sind unendlich viele Maßnahmen möglich, die den Denkmalschutz nicht einschränken und eine Barrierefreiheit garantieren. Ohnehin ist der Erhalt historischer Fassaden oder Denkmäler löblich und wichtig, und Veränderungen sollten mit dem entsprechenden Respekt für den historischen Wert durchgeführt werden. Aber wenn niemand diese Gebäude genießen oder in ihnen wohnen kann, wäre auch hier der Wert dieses Erhalts infrage zu stellen. Gleichsam sollte man auch sehen, dass von einem barrierefreien Umbau nicht nur Menschen mit anerkannten Behinderungen profitieren; ältere Menschen, Schwangere, Menschen mit temporären Einschränkungen nach Verletzungen oder Operationen, alle profitieren von barrierefreien Gebäuden.

Wir sind auch im Rahmen des Klimawandels für eine Aktualisierung des Denkmalschutzes und der Gestaltungssatzung, um entsprechende Modernisierungen vornehmen zu können.

Welches Konzept würden Sie vorschlagen, um das wilde Parken von eScootern in den Griff zu bekommen?

Volt setzt sich ein für die zukünftige Schaffung von Mobilitätshubs, an denen sowohl der Umstieg innerhalb des ÖPNV als auch das Nutzen von Carsharing oder e-Scootern zentral möglich ist. Durch die Betreiber der e-Scooter könnte hier beispielsweise via App eine Möglichkeit geschaffen werden, das Mitarbeitende einen Hinweis bekommen, sobald mehr als eine bestimmte Menge an e-Scootern nicht mehr an den entsprechenden Mobilitätshubs steht, sodass diese umgehend eingesammelt und zurückgebracht werden können. Des Weiteren sollte die Zahl der e-Scooter und der Firmen, die diese anbieten, auf ein sinnvolles Maß reguliert und gegebenenfalls Sanktionen für wildgeparkte und nicht zurückgeholte e-Scooter erhoben werden.

In der Lokalpresse war zu lesen, dass es städtische Betriebe gibt, deren Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten bei null liegt. Wie würden Sie diesen Mangel beheben?

Es ist besorgniserregend, wenn städtische Betriebe keine Schwerbehinderten beschäftigen, da dies auf potentielle Barrieren oder Diskriminierung bei der Einstellung hinweisen könnte. Hier sollten die Einstellungspraktiken überprüft und angepasst werden, ebenso sollte die Arbeitsumgebung barrierefrei umgebaut und Mitarbeiter*innen, besonders im Personalmanagement geschult und sensibilisiert werden, um Vorurteile abzubauen und Verständnis für die Individuellen Bedürfnisse für Menschen mit Behinderung zu schaffen. Es sollten Anreize für die Anstellung einer bestimmte Quote an Beschäftigten mit Schwerbehinderung geschaffen werden, ebenso sollte eine finanzielle Förderung der Stadt für eventuelle Umbauten und Nachrüstung eingeführt werden. Im Nachgang sollten diese baulichen und innerbetrieblichen Sturkturen durch regelmäßige Begehungen durch Fachpersonal und Menschen mit entsprechender Expertise regelmäßig geprüft werden. Eine weitere Möglichkeit wäre die Zusammenarbeit von Betrieben mit Vereinen und/oder Behindertenorganisationen, um potentielle Kandidat*innen zu finden, deren Anstellung zu unterstützen und durch die Vereine Unterstützung bei der Arbeitsplatzgestaltung zu erfahren.

Welchen Anteil des städtischen Budgets würden Sie zur Verbesserung der Teilhabe behinderter Menschen vorsehen? Begründen Sie Ihre Antwort!

Angabe in Prozent	
Die Höhe des Anteils des städtischen Budgets hängt unter anderem von den bereits umgesetzten Maßnahmen, den spezifischen Bedürfnissen der Bevölkerung und den Ressourcen und der finanziellen Lage der Stadt ab. Hier müsste durch eine flächendeckende Bedarfsanalyse das Budget ermittelt werden. Auf einen konkreten Wert legen wir uns hier aber nicht fest.	

FRAGENBLOCK 7: KONKRETE MAßNAHMEN

Bitte nennen Sie fünf konkrete Projekte zur Umsetzung der Teilhabe behinderter Menschen an der Gesellschaft in Potsdam, die Sie als gewählte Partei initiieren und/oder unterstützen würden.

- Abschaffung der alten Trams, deren Einstieg noch immer eine nicht-barrierefreie Treppe ist. Solange die alten Trams noch fahren, sollte an der Digitalanzeige der Haltestellen ein Hinweis zu finden sein, der darauf hinweist, dass die entsprechende Linie durch eine nicht-barrierefreie Tram bedient wird. Aktuell ist dies zwar durch die Sichtung einer App möglich, allerdings ist deren Bedienung unhandlich und unübersichtlich.
- Alle Haltestellen, auch die, an denen derzeit nur ein Ausstieg auf der Fahrbahn möglich ist, sind entsprechend umzubauen oder anzupassen. Automatisch justierende Rampen, die während des regulären Autoverkehrs eingeklappt sind, sind eine Möglichkeit, hier eine Barrierefreiheit zu etablieren.
- Die Einrichtung einer städtischen Institution, die Dolmetscher*innen für einfache bzw. leichte Sprache auch an Betriebe und private Geschäfte/Unternehmen vermittelt, um Webseiten oder beispielsweise Prospekte oder Informationen an Schaufenstern in einfache bzw. leichte Sprache zu übersetzen, um somit eine Teilhabe von allen Menschen zu ermöglichen. Verpflichtend sollte hier für alle Seiten der Stadt oder öffentlicher Einrichtungen die Etablierung von Webseiten in einfacher bzw. leichter Sprache möglich sein.

<ul style="list-style-type: none">- Ein flächendeckend ausgebautes und modernisiertes Blindenleitsystem, das Menschen mit Seh- und Gehbehinderungen oder blinden Menschen das Leben in allen Bereichen der Stadt ermöglicht, ohne auf fremde Hilfe angewiesen zu sein. Blindenführhunde sollen außerdem selbstverständlich und freien Zugang zu allen Bereichen des Stadtlebens haben; auch im privaten Sektor muss hier Aufklärungsarbeit betrieben werden, damit Blindenführhunde uneingeschränkt zum Einsatz kommen können.
<ul style="list-style-type: none">- Ampeln mit Freigabesignal, das automatisch ohne zusätzlichen Tastendruck funktioniert, sollen flächendeckend lückelos etabliert werden, auch in den äußeren Bezirken Potsdams. Die Vereinheitlichung der Signale und taktiler Leitsysteme soll einen unkomplizierten Umgang ermöglichen und Personen mit Seh- und Gehbehinderungen in allen relevanten Bereichen Potsdams zur Verfügung stehen.
<ul style="list-style-type: none">- Die Schaffung weiterer Aufzüge am Bahnhof Potsdam, die vor allem zu Stoßzeiten Menschen mit Behinderungen ermöglichen, unabhängig und mobil zu sein, auch ohne lange Wartezeiten vor überlasteten Aufzügen.
<ul style="list-style-type: none">- Im Rahmen unserer Vision eines Potsdam Passes, der gegen einen Betrag Eintritt in alle Kultur- und Kreativgebäude und Veranstaltungen ermöglicht, kann eine Audiodeskription an allen relevanten Orten eingebunden werden, die beispielsweise durch eine NFC-Technologie Informationen auf das Smartphone der Nutzer spielt. Weiteres zum PotsdamPass findet sich in unserem Kommunalwahlprogramm.